

# KAPITALISMUS UND SOLIDARITÄT

*Charlotte Trippolt*

*Erschienen in der FREIRAD-Programmzeitung Jänner-März 2020*

Beginnen wir das neue Jahr mit einer Klarstellung. In der letzten Ausgabe der FREIRAD Programmzeitung schrieb ich vor dem Hintergrund der medien- und kulturpolitischen Entwicklungen in Österreich folgenden Satz: „Kulturarbeit scheint nichts wert zu sein, auch wenn sich Österreich stets als ein Land großer Kunst und Kultur preist.“ Diese Meinung vertrete ich immer noch. Natürlich und glücklicherweise gibt es für Kulturbetriebe Förderungen aus öffentlicher Hand, diese fallen aber oft gering aus, sind vom Wohlwollen politischer Parteien abhängig und/oder werden nicht immer nach nachvollziehbaren Kriterien vergeben. Alleine über die Vor- und Nachteile des bestehenden österreichischen Fördersystems für Kunst und Kultur ließen sich wahrscheinlich unzählige Seiten füllen. Darum geht und ging es mir in besagtem Text jedoch nicht, sondern um die Auswirkungen niedriger Gehälter auf das Leben der Arbeiter\_innen. Jetzt lässt sich darüber streiten, was genau unter niedrigen Gehältern zu verstehen ist und wieviel finanzielle Mittel der Mensch zum Leben braucht. Laut der Armutskonferenz beträgt die aktuelle Armutsgefährdungsschwelle 1.259€ monatlich für einen Einpersonen-Haushalt. D.h., ein Mensch in Österreich benötigt mindestens diese Summe, um sein/ihr Leben bestreiten und wesentliche Ausgaben, wie etwa für Essen, Strom und Wasser, decken zu können. 17,5% der österreichischen Bevölkerung (1.512.000 Menschen) haben monatlich weniger als das zur Verfügung und sind damit armuts- oder ausgrenzungsgefährdet. Wie viele ein wenig mehr zur Verfügung haben bzw. verdienen, lässt sich schwer sagen. Statistiken zum Bruttojahresgehalt werden nämlich meist nur für bestimmte Berufsgruppen erstellt oder dienen der Veranschaulichung, dass Frauen immer noch weniger verdienen als Männer. Was mich jetzt wieder zum Ausgangspunkt meines Textes und der beabsichtigten Klarstellung zurück bringt.

Arbeit sollte in meinen Augen arbeiter\_innenfreundlicher gestaltet werden. Das beinhaltet die Gestaltung des Arbeitsplatzes genauso wie Flexibilität der Arbeitszeit oder deren Reduktion, angemessene Entlohnung und ein konstantes Nachverhandeln der Gehälter. Auch und besonders vor dem Hintergrund der steigenden Lebenserhaltungs- und Wohnkosten. Unabhängig von Geschlecht, Alter, Kultur, Ethnie, Religion, Sexualität und Qualifikation sollte jeder Mensch so viel verdienen, dass sie/er nach Deckung aller anfallenden

unausweichlichen Kosten noch ausreichend Wahlmöglichkeiten haben sollte. Das heißt, jede und jeder sollte wählen können, ob sie oder er heute lieber im Biomarkt oder doch bei einem Lebensmitteldiskounter einkauft. Ins Kino geht oder in die Bar ums Eck. Auf Urlaub fährt oder doch lieber zu Hause bleibt. Unabhängig davon, wie viel Geld noch in der Geldtasche oder auf dem Konto ist. Die Wahl zu haben bildet letztendlich die Grundlage für ein selbstbestimmtes und freies Leben. Und Geld zu haben spielt dabei – leider noch immer – keine unwesentliche Rolle. Kapitalismuskritik hin oder her.

Deshalb: mehr Geld für alle. Um das zu erreichen, gilt es auch, Solidarität zu zeigen. Etwa mit den Gewerkschaften, die über die Kollektivverträge verhandeln und eine Erhöhung des Mindestgehalts fordern. Mit Alleinerziehenden und älteren Frauen, die besonders armutsgefährdet sind. Aber auch über berufliche, sprachliche und nationale Grenzen hinweg. Solidarität muss etwa bis zu den Demonstrant\_innen in Chile reichen, deren Protest mit den Preiserhöhung der U-Bahn-Tickets begonnen hat. Das ist dann vielleicht auch der Schlüsselmoment in der Diskussion um Gehälter, nämlich: zu verstehen, was es heißt, wenn alles teurer wird, das Gehalt aber nicht steigt. Für jeden und jede Einzelne\_n von uns. Und darin auch die Notwendigkeit zu erkennen, zusammenzuhalten und füreinander einzustehen. Denn nur so wird ein besseres Leben für alle möglich werden.

*Charlotte Trippolt*